



## Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden- Württemberg

📅 15.03.2018

INTEGRATIONSMINISTERKONFERENZ

# Lucha: Bleibeperspektive für Geflüchtete schaffen



Foto: Gert Krautbauer/StMA

© Gert Krautbauer/StMAS

Von links: Minister Dieter Lauinger (Thuringen), Staatssekretarin Dr. Christiane Rohleder (Rheinland-Pfalz), Minister Dr. Joachim Stamp (Nordrhein-Westfalen), Ministerin Stefanie Drese (Mecklenburg-Vorpommern), Staatssekretär Torsten Geerds (Schleswig-Holstein), Senatorin Dr. Melanie Leonhard (Hamburg), Minister Manne Lucha (Baden-Wuerttemberg), Ministerin Petra Grimm-Benne (Sachsen-Anhalt), Senatorin Elke Breitenbach (Berlin), Annette Widmann-Mauz (Integrationsbeauftragte des Bundes), Staatssekretär Kai Klose (Hessen), Ministerin Emilia Mueller (Bayern - Vorsitzland), Senatorin Anja Stahmann (Bremen), Ministerin Monika Bachmann (Saarland), Staatssekretär Heiger Scholz (Niedersachsen)

**Sozial- und Integrationsminister Manne Lucha will die Duldung von Geflüchteten ausweiten, die ihre im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen anerkennen lassen wollen. Auch soll eine Förderlücke geschlossen werden, die Geflüchtete an der Aufnahme einer Ausbildung oder eines**

**Studiums hemmt. Entsprechende Anträge bringt Lucha in die Integrationsministerkonferenz ein, die heute und morgen (15./16. März) in Nürnberg stattfindet.**

Geflüchtete im Berufsamerkenungsverfahren sollen laut dem Vorstoß aus Baden-Württemberg künftig bis zu dessen Abschluss geduldet werden sowie ein anschließendes zweijähriges Aufenthaltsrecht im anerkannten Beruf erhalten. Mit diesem Antrag will Minister Lucha Rechtssicherheit für die Betroffenen und die Betriebe schaffen. „Es ist nicht zielführend, qualifizierte Geflüchtete schlechter zu stellen als solche, die erst eine Ausbildung beginnen möchten. Wir fordern deshalb auf der Integrationsministerkonferenz auch für bereits qualifizierte Geflüchtete, die auf dem Weg zur Berufsamerkenung sind, eine Bleibeperspektive. Statt talentierte junge Menschen abzuschieben, geben wir ihnen eine Chance und tragen so gleichzeitig zur Fachkräftesicherung bei.“

Darüber hinaus will Lucha eine Förderlücke für ausbildungs- und studienwillige Geflüchtete schließen. In bestimmten Fällen erhalten diese bei Aufnahme einer Ausbildung oder eines Studiums trotz Bedarf weder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz noch BAföG. „Nach der derzeitigen Rechtslage kann es zu der absurden Situation kommen, dass sich ein ausbildungswilliger junger Mensch schlechter stellt, wenn er eine Ausbildung oder ein Studium aufnimmt als wenn er es sein lässt. Das macht weder integrations- noch arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitisch Sinn. Hier muss der Bund nachbessern.“

Die 13. Integrationsministerkonferenz 2018 findet am 15. und 16. März in Nürnberg statt.

**Link dieser Seite:**

<https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/meldung/pid/lucha-bleibeperspektive-fuer-gefluechtete-schaffen>